

## Fröhliche Flugreisen für den Klimaschutz

UN-Klimagipfel in Dubai: „COP28 will fossilen Ausstieg besiegeln“, FR-Thema vom 30. November

### Wasser predigen, aber Wein trinken

Die Bundesregierung mahnt angesichts knapper Haushaltskasse und der Finanzkrise aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Sparen. Aber anstatt zu sparen gibt sie das Geld der Bürger mit vollen Händen aus. Als nicht parteigebundener Bürger kann ich nicht nachvollziehen, dass unsere Regierung 250 (!) Mitarbeiter zur Weltklimakonferenz nach Dubai entsendet (allein 60 aus dem Außenministerium und 50 aus dem Klimaschutzministerium). Die immensen Kosten für Hin- und Rückflüge, die Unterbringung in Dubai und sonstige Spesen sind für einen sparsamen Steuerzahler unfassbar. Zehn qualifizierte Mitarbeiter eines Ministeriums müssten die Aufgaben erledigen können.

So bedeutsam die Weltklimakonferenz in Dubai für uns alle auch ist. Es kann nicht um einen Erholungsurlaub für ver-

dienstvolle Mitarbeiter in Dubai gehen, bei dem sich die Teilnehmer nur abwechselnd beschäftigen müssen. Selbst wenn ein Teil der Kosten nicht vom deutschen Haushalt getragen wird, ist dieses schlechte Vorbild fatal und bestätigt pauschale Vorwürfe von rechter Seite.

Der Vorgang erinnert mich an eine Partei-Veranstaltung jüngst, wo die Gäste aufgefordert wurden, mit öffentlichen Verkehrsmitteln anzureisen und ihr Auto zu Hause zu lassen. Viele folgten dem Rat der Referenten. Die Referenten kamen, wie sich später herausstellte, fast alle mit einem SUV-Fahrzeug.

Der mit den zahlreichen Flügen nach und von Dubai einhergehende große CO<sub>2</sub>-Verbrauch der deutschen Konferenz-Teilnehmer ist auch mit den Zielen der Konferenz, dem Klimaschutz, nicht vereinbar. Wie soll der entsetzte Bürger glauben, dass der Bundesregierung und den Parteien der Klimaschutz ernsthaft am Herzen liegt und

dass nicht nur politische Parolen auf der x-ten Klimakonferenz herunterbetet werden? Es glaubt doch niemand, dass der Erfolg der Weltklimakonferenz von der Größe der deutschen Delegation abhängt.

Ich habe den Glauben an den Sparwillen dieser Bundesregierung verloren.

Harald Hans Körner, Frankfurt

### Auch dieser Klimagipfel wird keine Probleme lösen

160 Staats- und Regierungschefs befinden sich auf der Klimakonferenz. Es fliegen etwa 70 000 Menschen um die Welt, um über die Folgen der Erderwärmung zu debattieren. Lösen werden sie wie in Jahren davor nichts. Aber es werden schöne und angenehme Tage in einem warmen Land gewesen sein, wo man auf Kosten der Steuerzahler seine Zeit verbracht hat.

Josef Karl, Kelsterbach

Diskussion: [frblog.de/cop28](https://frblog.de/cop28)

## Wie wir effektiv unsere Industrie ruinieren

Energiegewinnung: „Schlechtes Jahr für die Kohle“, FR-Klima vom 11. November

2500 Kohlekraftwerke lieferten 2020 rund 27 Prozent des weltweiten Energiebedarfs. Weitere 1380 Kohlekraftwerke sind in der Planung oder Bau. Deutschland verfügte 2020 über 74 Kohlekraftwerke, die bis 2038 stillgelegt werden sollen. Trotz Abschaltung unserer Kohlekraftwerke werden 2038 wahrscheinlich also viele neue Kohlekraftwerke weltweit in Betrieb sein. Die Stilllegung unserer Kohlekraftwerke kann also das Klima nicht retten, wohl aber unser Industrie ruinieren.

China, Indien u.a. Länder können wir nicht daran hindern, neue und größere Kohlekraftwerke zu bauen, wir können aber dazu beitragen, diese klimafreundlicher zu gestalten.

Bei Naturwissenschaftlern gilt der Grundsatz: „Es ist ständig alles infrage zu stellen, weil neue Erkenntnisse zu neuen Antworten führen.“ Wenn wir für das Klima etwas tun wollen, müssen wir in die Forschung für Filteranlagen und CO<sub>2</sub>-Speicherung intensivieren. Schon heute gibt es Verfahren, die nahezu sämtliche Schadstoffe bei der Kohlevergasung herausfiltern und auch CO<sub>2</sub> separieren, welches klimaunschädlich entsorgt werden kann. Auch ist die Verflüssigung der Kohle mit einem neuen Katalysator umweltfreundlicher möglich.

Die Forschung zur klimafreundlichen Nutzung der Kohle ist in unserem ureigensten Interesse. Deutschland hat weltweit

mit die größten Braunkohlelager. Ihre effektive Nutzung würde unsere Energieversorgung wieder auf sichere Füße stellen. Für den Import von Energie müsste Deutschland nicht mehr riesige Geldbeträge überweisen, die anderweitig sinnvoller eingesetzt werden können. Die erneuerbaren Energien decken etwa 20 Prozent unseres Bruttoenergiebedarfs. Selbst wenn wir sie verdreifachen, bleibt eine Lücke von 40 Prozent. Unsere Väter würden eine alte Brücke erst abreißen, wenn die neue die Feuertaufe bestanden hat, soll heißen: alle Probleme in Bezug auf die Nutzung der regenerativen Energien geklärt sind. Karl Hahn, Bad Salzungen

Diskussion: [frblog.de/cop28](https://frblog.de/cop28)

## Jetzt wird ein politischer Kompass gebraucht

Einwanderungsland Bundesrepublik: „Für ein neues Wir-Gefühl“, FR-Meinung vom 25. November

Ja, Deutschland ist ein Einwanderungsland. Allerdings ist es ein Einwanderungsland ohne einen klaren politischen Kompass. Es ist dringend notwendig, eine klare politische Trennung zwischen den Asylsuchenden, die Krieg und Verfolgung erlitten haben, und den „Wirtschaftsflüchtlingen“ zu ziehen.

Unter Friedrich dem Großen konnten die in Frankreich verfolgten Hugenotten gezielt ins Land kommen, sich in dünnbesiedelten Regionen neue Existenzen aufbauen, in die Gesellschaft integrieren und trotzdem ihre religiöse und kulturelle Identität pflegen und erhalten. Eine Vielzahl von Hugenottenkirchen im Land zeugen von diesem Prozess. In den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts

wurden gezielt Menschen aus dem Süden Europas zur Arbeit bei uns angeworben, die die Wirtschaft dringend gebraucht hat. Sie sind entgegen der Absicht der Regierung nicht in ihre Heimatländer zurückgegangen, haben sich und ihre Familien integriert, ihre Identitäten erhalten und ihre Kultur gelebt und gepflegt.

Aber die augenblickliche Praxis der nicht systematischen Trennung zwischen Asylsuchenden und „Wirtschaftsflüchtlingen“ führt zu einer Überforderung der wirtschaftlichen Möglichkeiten unseres Landes, provoziert die politischen Konflikte in der Gesellschaft und gefährdet das Zusammenleben der unterschiedlichen Gruppen in der Bevölkerung. Ex-Präsident

Gauck hat dies treffend formuliert, indem er betont, dass unser Herz groß ist, aber unsere Möglichkeiten beschränkt. Eine klare Trennung muss konsequent durchgesetzt werden auf der Basis von eindeutigen Regeln für eine zielführende Einwanderung mit Grenzen für die Einwanderung.

Dies ist notwendig für eine Akzeptanz der Einwanderung durch die Bevölkerung und verhindert den Zulauf zu den extremen Rändern unserer Gesellschaft links und rechts. Bei der vorherrschenden Unsicherheit über die weitere Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft gefährdet eine nicht geregelte Zuwanderung nach Deutschland die Demokratie.

Klaus-Dieter Busche, Offenbach



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

#### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

#### Mailen Sie an:

[Bronski@fr.de](mailto:Bronski@fr.de) oder  
[Forum@fr.de](mailto:Forum@fr.de)

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](https://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/f20231205](https://frblog.de/f20231205)

### FR ERLEBEN

**Tobias Schwab** moderiert die Online-Diskussion „Faire Rohstoffe – klima- und menschengerecht“ mit Robert Gampfer (Klima- und Energie-Referent der EU-Kommission), Michael Reckordt (Powershift e. V.) und Carsten Waldeck (Shift). Eine Veranstaltung des Evangelischen Dekanats Dreieich-Rodgau, des Kreises Offenbach und von Europe Direct Relais Rhein-Main. Den Link zur Veranstaltung gibt es nach Anmeldung auf: [europe-direct@kreis-offenbach.de](mailto:europe-direct@kreis-offenbach.de)  
**Montag, 11. Dezember, 18.30 Uhr**

**Bernd Hontschik**, Chirurg und FR-Kolumnist, spricht zum Thema „40 Jahre ‚Volkszählungsurteil‘ – 40 Jahre Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und der heutige Umgang mit Gesundheitsdaten am Beispiel der elektronischen Patientenakte“. Mit dem Datenschützer Roland Schäfer.  
**Montag 18. Dezember, 19 Uhr**  
**Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Frankfurt**

## Wahlwitz Klimakanzler

Gerichtsurteil: „Zu wenig Klimaschutz“, FR-Titel vom 1. Dezember

Nach dem Urteil der Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg wäre es für einen Klimakanzler angesagt, von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch zu machen und vom Verkehrsminister und der Bauministerin Sofortmaßnahmen zur Senkung des Kohlendioxid-Ausstoßes in ihren Zuständigkeitsbereichen einzufordern.

Stattdessen wartet die Bundesregierung jetzt routiniert die schriftliche Begründung des Gerichts ab, um diese dann kritisch zu würdigen. Erkennbares Ziel dieser „Würdigung“ ist, ein Revisionsverfahren zu diesem Urteil anzustreben. Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) hat seine Revision schon mal „vorsorglich“ angekündigt. Der plakatierte Klimakanzler ist offenkundig nur ein nicht ernstgemeinter Wahlkampfgegner der SPD gewesen.

Sollte diese fadenscheinige Verzögerungstaktik erfolgreich sein und das Revisionsverfahren erst nach dem Kassieren des geltenden Klimaschutzgesetzes durch die Ampelregierung abgeschlossen worden sein, wäre dies ein Vorgang, der selbst bei noch Wohlmeinenden den Glauben an die Seriosität von Regierungshandeln in der Bundesrepublik Deutschland erschüttern kann.

Hans Möller, Frankfurt

## Lächerliche Ausrede

Zu: „Grüner Realitätscheck“, FR-Meinung vom 25. November

Nachdem die Erzreaktionäre Friedrich Merz (CDU) und Markus Söder (CSU) und ihre vorchristlicher Nächstenliebe nur so sprühenden Unionsparteien die Grünen als Verbotsparterie diffamiert, als Fehlgeleitete dämonisiert und zu ihren Feinden erklärt haben, sollte die Umweltpartei endlich ohne ihre bisherige Rücksichtnahme zur unverblühten Gegenattacke blasen. Schließlich hat die grüne Partei im öffentlichen Disput sämtliche qualifizierten wissenschaftlichen Erkenntnisse in Sachen Bewahrung der Lebensgrundlagen auf ihrer Seite.

Die neoliberale Handlungsparole „Anreize statt Verbote“ der christlichen Unionisten ist nichts anderes als eine lächerliche Ausrede zur Legitimation ihrer „Weiter-so“-Ideologie und bedient die Bequemlichkeit und Veränderungsfeindlichkeit des deutschen Michels. Mit welchen Anreizen statt Verboten wären zum Beispiel die tabakrauchfreien Zonen durchgesetzt worden?

Im übrigen verrät die Wahlkampfparole der hessischen CDU „Damit die Wirtschaft nicht die Krise kriegt“ deren politische Prioritäten: Profit vor Mensch und Natur!

Joachim Bohndorf, Bensheim